



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Regierung und Abgeordnetenhaus in Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Bis dahin liegt allen Parteien gleichviel daran, leidlichen Frieden zu halten. Aber das nächste Conclave wird keinen längeren Aufschub gestatten, die politische Entscheidung wird auch die kirchliche mit sich fortreißen. Ob dann die Umwandlung sanft oder unter schweren Kämpfen sich vollziehe, liegt in der Hand des nächsten Papstes. Pius der Neunte hat mit seiner Bulle vom 8. Dec. abgeschlossen. Aber er hat vergessen, in seinen Katalog der Irthümer einen Satz aufzunehmen, der wohl verdient hätte, als einundachtzigster verdammt zu werden, denn er ist so wahr wie mancher in der Reihe, und lautet: „Mitunter irrt auch der Papst, als ein in der Gnade noch nicht völlig gefestigter irdischer Mensch.“ Freilich ist es kein moderner Satz, auch ist er durch eine gute Autorität gedeckt; einer seiner Vorgänger hat ihn ausgesprochen, Hadrian der Sechste.

Regierung und Abgeordnetenhaus in Preußen.

Die preußische Thronrede, ein sorgfältig gearbeitetes Schriftstück mit mehreren glänzenden Stellen, hat doch in den beiden großen Streitfragen, der schleswig-holsteinischen und der innern, nichts enthalten, was eine schnelle und befriedigende Beendigung der Conflictte wahrscheinlich macht. Wenn wahr ist, was preußische Correspondenzen verrathen, daß der Ministerpräsident im Conseil einen andern Entwurf vorgelegt habe, welcher das Budgetbewilligungsrecht der Häuser zu Gunsten der Opposition interpretirte, und zweijährige Dienstzeit empfahl, so wäre tief zu beklagen, daß solche Concessionen an dem Widerspruch der übrigen Minister gescheitert sind. Denn nach den Erfolgen des letzten Feldzuges war ein hochsinniger Entschluß der Krone das beste Mittel, einen guten Frieden zwischen Regierung und Volk herzustellen. Gerade jetzt konnte die Regierung, ohne ihrer Würde zu vergeben, der Majorität Zugeständnisse machen, sie wäre doch als Sieger, das heißt mit verstärktem Ansehn aus dem Kampfe hervorgegangen. Und es war jedermann deutlich, daß das Abgeordnetenhaus gern zur Versöhnung die Hand geboten und jedem Vorschlage, der seine Rechte anerkannte, bereitwillig entgegengekommen wäre. Nun ist der alte Hader wieder aufgebrannt; die Opposition vermag nicht mehr, was im Jahre 1863 noch möglich war, das herrschende System siegreich zu bekämpfen, aber sie lähmt

doch die Thätigkeit der Regierung in allen Ecken und beeinträchtigt ihr Ansehen im Auslande.

Immer noch werden in der Presse leidenschaftliche Stimmen für und gegen die Annexion der Herzogthümer laut. Der Streit ist müßig geworden, er ist durch die preussische Regierung selbst gegen die Einverleibung entschieden. Allerdings vielleicht gegen ihren eigenen Willen. Aber der Weg, welchen Preußen zur Erledigung der Sache eingeschlagen hat, ist zuverlässig der bedenklichste von allen, falls nämlich in der That Absicht war, die Herzogthümer zu erwerben. Es gab einen kurzen Zeitpunkt, welcher dafür nicht ungünstig war. Als Oestreich noch ängstlich die Folgen des Septembervertrages erwog, als dort die Ministerkrisis das innere Schwanken verrieth, als die Ohnmacht der Mittelstaaten Allen auffällig, der Eindruck preussischer Waffenerfolge noch frisch war, damals unmittelbar nach geschlossenem Frieden hätte eine große Forderung und fühnier Entschluß Manches durchsetzen können, man hätte wenigstens einen Bruch mit Oestreich nicht zu scheuen gehabt.

Das Verfahren dagegen, welches die preussische Regierung eingeschlagen hat, ist in der Form so ausgezeichnet correct, daß in der Sache auf große Erfolge verzichtet werden muß. Denn als man sich entschloß, mit Oestreich über die Rechte zu verhandeln, welche Preußen zur Sicherung seiner und der deutschen Interessen zustehn sollten, bevor man die Successionsfrage ordnete, da gab man den besten Theil des gewonnenen Erfolges wieder preis, man machte von dem guten Willen Oestreichs abhängig, was man niemals seiner Zustimmung hätte unterwerfen dürfen. Man opferte das alte Princip der Preußen, durch Separatverträge mit den betreffenden einzelnen Regierungen Fortschritte zu machen, und verlieh einem alten und argwöhnischen Gegner das Recht, überall zu hindern, auch den kleinsten Fortschritt Preußens als einen Gunstbeweis Oestreichs geltend zu machen, für welchen Gegendienste zu leisten seien. Die indiscrete Veröffentlichung des Inhaltes jener letzten östreichischen Note kann jedermann die Augen öffnen. Die östreichische Politik tritt nicht, wie England oder Frankreich, schnell in schroffem Gegensatz hervor, sie wirft den Verhandlungen einen Stein nach dem andern in den Weg, bis zuletzt die betretene Straße verbarrikadirt ist. Das ist zu Wien nicht System, es ist die Folge der Methode, in welcher dort politische Entschlüsse gefaßt werden. Daß der Ministerpräsident Preußens vorzog, lieber mit Oestreich über die Rechte Preußens an den Herzogthümern zu vereinbaren, als schnell die Successionsfrage zu erledigen und mit dem neuen Fürsten zu verhandeln, das wird, so fürchten wir, zu langwierigen Verwicklungen führen, aus denen weder schneller Entschluß noch späte Resignation befreien mag. Auch was man für diesen Weg sonst sagen könnte, daß hier ein Präcedenzfall geschaffen wird, und daß Oestreich, was es in einem deutschen Lande Preußen eingeräumt hätte, in einem andern doch schwer hindern könnte,

hat gegenüber den Gefahren dieses Weges kein großes Gewicht. Wann hat die österreichische Politik sich um Präcedenzfälle gekümmert? sie arbeitet in größerer Unbefangenheit als die eines anderen Staates mit Inconsequenzen, welche ihr gerade nützlich scheinen, heute für das Recht der Nationalitäten, morgen dagegen, hier in sorgfältiger Beobachtung der Verfassung, dort in rücksichtsloser Nichtachtung. Diese Politik hatte sich im Herbst vorigen Jahres resignirt, den Preußen in den Herzogthümern viel einzuräumen, aber jede Woche, die seitdem vergangen, hat wieder Sicherheit und Selbstvertrauen verstärkt, die Mahnungen der eigenen Presse, die stille Arbeit der Parteigänger für die Mittelstaaten haben den guten Willen vermindert, es ist vorauszusetzen, daß man von Wien aus, je länger die Einmischung verstattet ist, um so entschiedener hindern wird. Was der preussischen Regierung von Kiel aus schüchtern, zuletzt etwa durch Herrn von Alefeld, entgegengetragen wurde, das wird mit Oestreichs Einwilligung, wie zu befürchten steht, nicht erreicht werden.

Auch in den Herzogthümern selbst hat die Furcht vor unsicheren Ansprüchen Preußens die nachtheilige Folge gehabt, einen zähen Particularismus wachzurufen, gegen den Eifer einzelner Annexionsmänner erhebt sich der Widerstand im Volke. Bereits wird die Weise, in welcher die Abneigung gegen Preußen sich äußert, sehr unerfreulich. Auch das ist eine nachtheilige Folge der Verzögerung und der zweideutigen Haltung des Siegers. Ob man die Gesinnung eines Volksstammes hoch oder gering achte, man kann sie in unserer Zeit nicht mehr unberücksichtigt lassen. Wäre es auch nur deshalb, weil die Nichtbeachtung dem Ausland erwünschte Gelegenheit gäbe, sich einzumischen.

So sehr haben sich die Gesichtspunkte verschoben, daß Preußen, dessen Interesse gebietet, die Erbfolgefrage schnell zu erledigen, dieselbe hinauschiebt, und daß Oestreich, welches bei anderer Handlungsweise Preußens durchaus kein Interesse hätte, dem Herzoge Friedrich geneigt zu sein, die schnelle Entscheidung über dessen Ansprüche begünstigt. Allerdings nur aus Opposition gegen Preußen, denn von dem Tage, wo man sich in Berlin herabläßt, mit dem Herzog selbst zu verhandeln, wird Oestreich sofort das Interesse für ihn verlieren.

Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, was Herrn von Bismarck gehindert hat, zu seiner Zeit den kürzesten Weg einer directen Verbindung mit Kiel einzuschlagen. Durch Mißtrauen und vorgefaßte Meinung ist in der besten Stunde auf beiden Seiten versäumt worden, die Annäherung durchzusetzen. Das droht auch für Preußen nachtheilig zu werden, denn es hat auf weite und pfadlose Umwege geführt. Und um kurz das Sachverhältniß zu wiederholen, man hat die Zeit der Annexion vorübergehen lassen, ohne einen Gewaltstreich zu wagen, man ist jetzt in Gefahr, auch den Anschluß der Herzogthümer nicht in der für Preußen wünschenswerthen Weise durchzusetzen.

In Einem aber, vertrauen wir, wird der Leiter der auswärtigen Angelegen-

heiten in Preußen höheres Urtheil erweisen, als einzelne Stimmen der preußischen Presse, welche vorschnell die Knochen des Vogels vertheilen, den man leider noch gar nicht in der Hand hat. Wenn der Ministerpräsident auf dem eingeschlagenen Wege die Einverleibung nicht durchzusetzen vermag, so wird er das künftige Bundesverhältniß der Herzogthümer zu Preußen doch so fassen, daß Land und Volk sich nicht in neue Bande eingeschnürt und nicht als Vasallenprovinz empfinden. Kanal, Marine und Vertretung der realen Interessen im Auslande, das ist für Preußen und die Herzogthümer bei weitem die Hauptsache. Sogar auf die Bundesfestung Rendsburg ist kein großer Werth zu legen, denn in der neuen Kriegsführung haben Festungen überhaupt ihre alte Bedeutung verloren, auch für das Heer der Herzogthümer wird Anlehnung an die preußischen Heereseinrichtungen genügen. In den inneren Angelegenheiten soll man die Herzogthümer vorläufig sich selbst überlassen, die Kämpfe der Parteien, welche dort bevorstehen, und die Schwierigkeiten einer neuen Organisation, die dem Lande höchst nöthig ist, mögen sich zunächst ohne preußische Einwirkung herausarbeiten. Die Schleswig-Holsteiner sollen Preußen als ihren Bundesgenossen und Beschützer ehren, nicht als Tyrannen fürchten.

Freilich wenn Herrn von Bismarck gelungen wäre, mit Unterstützung der liberalen Partei die schleswig-holsteinische Sache zu Ende zu führen, könnte das Ziel ein höheres, das Resultat für Preußen und Deutschland förderlicher gewesen sein. Der Geist dieses Staatsmannes ist elastisch und fruchtbar an Plänen, aber auch ihm wird Schicksal das System, mit dem er herausgekommen und die Bundesgenossenschaft, welche er nicht entbehren kann. Man frohlockt in Preußen noch über die Erfolge, welche das gegenwärtige Ministerium erungen hat, wir wünschen sie dem Staate, aber wir sehen sie nicht.

Auch in den innern Kämpfen ist kein Fortschritt sichtbar noch nahe Beendigung zu hoffen. Wir sind als Liberale verpflichtet zu der Opposition zu halten, welche jetzt allein die großen Grundsätze unserer Partei in den preußischen Kammern vertritt, und wir halten ein abfälliges Beurtheilen ihrer Taktik nach jeder Hinsicht für schädlich. Aber es ist unmöglich die Betrachtung fern zu halten, daß auch der Opposition die Aussichten auf einen Sieg verringert sind. Nicht vorzugsweise durch die Thatkraft der Gegner. Der Verfassungskampf, welcher in Preußen seit Auflösung der altliberalen Partei entbrannte, bedurfte nach der Art und Weise, wie er einmal begonnen wurde, schneller Erfolge, vielleicht ein großes Wagen. Bis zu den Juniordonnungen des Jahres 1863 war die Opposition in der That, was sie nach ihrem Ursprung sein mußte, der angreifende Theil; seitdem ist sie in die Defensivposition herabgedrückt. Damals war der Conflict zu einer Höhe getrieben, welcher nicht mehr in den Wänden des Abgeordnetenhauses ausgefochten werden konnte und die höchsten Anforderungen an den politischen Charakter der einzelnen Abgeordneten machte.

Es war die Zeit gekommen, wie sie bei jedem erbitterten politischen Kampfe eintritt, wo die Mitglieder der Opposition im Nothfall sich opfern mußten. Sie haben das nicht gethan, das Ministerium hat sich befestigt, sie selbst ringen seitdem mit dem Uebelstand, welcher für jede Partei schädlich ist, daß sie ohne Erfolg streiten. Dieser Uebelstand würde ihnen den Wählern gegenüber noch empfindlicher gewesen sein, wenn nicht das herrschende System in seinem Parteieifer vieles thäte, die Unzufriedenheit in den kleinen Kreisen des Volkes zu nähren. Jede Nichtbestätigung eines Stadtraths, jede Strafversetzung eines Kreisrichters, die Preßprocesse, tebenziöse Erlasse der Landräthe, arbeiten für die Opposition und hindern die Regierung unter den Wählern populär zu werden. So darf man sagen, daß die Regierung seit dem Sommer des Jahres 1863 der beste Helfer der Opposition geworden ist.

Demungeachtet war auch im Volke das Bedürfniß nach Versöhnung sehr lebendig geworden; wie verlautet haben viele Abgeordnete den Wunsch der Wähler zur Hauptstadt genommen, daß sie zu einem erträglichen Frieden die Hand bieten möchten. Nirgend aber kann dieser Wunsch lebhafter sein, als bei der preußischen Partei außerhalb des Landes. Denn wir empfinden weniger die Bitterkeit der innern Zustände und vorzugsweise die Einbuße, welche das Ansehn des Staates durch den ungesühnten Zwiespalt erfährt. Aber man hat den Abgeordneten keine Wahl gelassen als Unterwerfung unter die Gesekinterpretationen der Regierung oder Fortsetzung des Streites. Die erste Woche des Landtages läßt bereits erkennen, daß er in der alten Weise fortgeführt werden wird. Beide Theile haben verzichtet, ihn in dieser Session zu beenden. Die Opposition hat demnach keine nähere Aufgabe als die Sympathien der Wähler für eine neue Wahl sich zu erhalten, die Regierung muß dagegen den Wunsch hegen, das Ansehn der Opposition herabzudrücken.

Von diesem Standpunkte ist das Thun der Kämpfenden zu beurtheilen. Ob die Rede des Präsidenten Grabow, ob die Ablehnung der Adresse zu loben war oder nicht, das hängt ganz von dem Erfolg ab, den diese Maßnahmen zunächst auf die Wähler in Preußen haben. Darüber steht den Abgeordneten besseres Urtheil zu als uns.

Das Haus war in seinem Rechte, als es die Wahl des Abgeordneten H. v. Tettau für ungiltig erklärte und den nach der Wahlverhandlung unzweifelhaft durch die Majorität der Wähler ernannten Herrn v. Sauken-Julienfelde durch den Präsidenten des Hauses auffordern ließ, seinen Sitz einzunehmen. Das Haus hat nicht nur das Recht zu entscheiden, ob eine Wahl ungiltig sei, sondern auch ob die durch den Wahlcommissar einem Candidaten abgesprochene Mehrheit der Stimmen diesem zukomme. Wenn die königliche Staateregierung gegen das Recht des Hauses, Herrn von Sauken einzuberufen, zunächst deshalb protestirte, weil nur der Wahlcommissar das Recht habe, den Gewählten, von der

auf ihn gefallenen Wahl in Kenntniß zu setzen, so liegt diesem formellen Einwand eine nicht haltbare Auffassung von der Stellung des Wahlcommissars zu dem hohen Hause zu Grunde. Daß Herr von Sauken selbst abgelehnt hat, durch sein Erscheinen in der Kammer dem Conflict ein neues Intermezzo zu geben, bei welchem nichts Gutes herauskommen konnte, war in der Ordnung. In den kleinen Gefechten, welche bis jetzt stattfanden, war die Rede, welche der Minister des Innern, Graf Culenburg, hielt, deshalb sehr merkwürdig, weil sie bewies, wie lebhaft das Ministerium selbst die Sorgen eines Kampfes empfindet, welchen es für Forderungen der Krone durchzufechten hat. Selten hat ein Minister auf der Rednerbühne mit größerer Offenheit bekannt, daß er an dem Zwist keine Schuld habe, sondern daß hier ein höherer Wille Nachgiebigkeit wünschenswerth mache. Dieser Worte wird die Opposition gedenken, aber sie werden auf den Verlauf des Streites keinen besänftigenden Einfluß ausüben. —

Ob die Regierung ihr Interesse darin finden wird, diese Kammer in fortgesetztem reibendem Gegensatz sich ausleben zu lassen, ob sie ihr nach kurzer Thätigkeit eine Auflösung bereiten will, das steht zuverlässig noch nicht fest und ein etwaiger Plan kann jeden Tag durch ein unvorhergesehenes Ereigniß gekreuzt werden. Darauf aber muß sich die Opposition gefaßt machen, wenn nicht Fehler der Regierung ihr zu Hilfe kommen, bei einer Neuwahl eine beträchtliche Zahl von Stimmen zu verlieren.

Eine solche Fortführung des Zwiespaltes ist aber auch für die Regierung verhängnißvoll. Sie fühlt sich jetzt sicher, aber die Mißerfolge in Schleswig-Holstein werden ihren Rückschlag ausüben und die Stellung des Ministeriums gegenüber der Krone nicht befestigen. Nach einer zu frühen Siegesfreude wird der Aerger über getäuschte Aussichten um so empfindlicher werden. Trauriger ist, daß der kurze Aufschwung, den Preußen durch die militärischen Erfolge erhalten, nicht den Segen bringen soll, welchen wir ersehnen, kräftige Durchführung der Marinepläne, schnelle Ausführung des Kanalbaues zwischen Nord- und Ostsee. Könnten wenigstens diese großen Interessen des Staates nach der Erfahrung der letzten Jahre die Regierung und die Opposition zu gemeinsamem Handeln vereinigen!

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. V. Herbig. — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.